

**SVP des Kantons Zürich**

Lagerstrasse 14  
8600 Dübendorf

Tel. 044 217 77 66

Fax 044 217 77 65

E-Mail: sekretariat@svp-zuerich.ch



Dübendorf, 11. April 2018

---

## **Navigationshilfe für den Regierungsrat**

### **Der Vorschlag der SVP für das neue Bürgerrechtsgesetz**

**Kantonsrat Stefan Schmid, Niederglatt (Gemeinderat und Sozialvorstand)**

---

Am 1. Januar 2018 ist schweizweit das revidierte Bürgerrechtsgesetz in Kraft getreten. Dem Volk wurde eine Verschärfung versprochen. Neu braucht es eine Niederlassungsbewilligung (C-Ausweis) und eine minimale Wohnsitzdauer von 10 Jahren.

SP Regierungsrätin Jaqueline Fehr hat aufgrund dieser Verschärfung letztes Jahr die Gemeinden angewiesen, möglichst viele Ausländer noch rasch einzubürgern, bevor die vermeintliche Verschärfung in Kraft tritt. Parallel dazu hat sie den Gesamtregierungsrat dazu gebracht, eine neue Bürgerrechtsverordnung per 1.1.2018 einzuführen, welche die Gemeinden entmachtet und die qualitativen Kriterien zur Erteilung des Bürgerrechts deutlich herabsetzt.

In Anbetracht der beschlossenen Bürgerrechtsverordnung ist davon auszugehen, dass auch die bevorstehende Revision des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes von Frau Regierungsrätin Fehr in die falsche Richtung getrieben wird. Die SVP hat deshalb selbst eine Vorlage für ein kantonales Bürgerrechtsgesetz ausgearbeitet und legt diese dem Regierungsrat zur Übernahme vor.

Die SVP Kantonalpartei hat die verschiedenen Lösungsansätze der anderen Kantone in Bezug auf die kantonale Bürgerrechtsgesetzgebung analysiert. Wir haben Vor- und Nachteile verschiedener kantonalen Gesetze geprüft und gegenübergestellt. Entstanden ist ein schlanker Gesetzesvorschlag, aufgeteilt in 14 Artikeln, welche in drei Abschnitten systematisch sinnvoll gegliedert sind.

Abschnitt 1 widmet sich den Allgemeinen Bestimmungen, Abschnitt zwei den Bestimmungen für Schweizerinnen und Schweizer, während dem Abschnitt 3 die Bestimmungen für Ausländische Bürgerrechtsbewerber beinhaltet.

Unter Abschnitt 1 werden die Zuständigkeiten von Kanton und Gemeinden geregelt und festgelegt, dass sich Mitglieder von Familien grundsätzlich gemeinsam für das Bürgerrecht zu bewerben haben. Weiter ist die Mitwirkungspflicht und das Vorgehen bei einem Gesuch auf Entlassung aus dem Bürgerrecht geregelt.

Abschnitt 2 regelt die Voraussetzungen für Schweizer Bürgerrechtsbewerber und regelt dabei die Grundsätze der Verfahren auf Ebene der Gemeinde und des Kantons. Im letzten Artikel des Abschnitts sind zudem die Fristen geregelt.

Im Abschnitt 3, welcher ausländischen Bürgerrechtsbewerbern gewidmet ist, sind verschiedene Sicherungsmechanismen eingebaut, welche sicherstellen sollen, dass nur integriert werden kann, wer sich auch tatsächlich erfolgreich integriert hat.

Artikel 10 regelt als wichtigsten aller Grundsätze, dass kein Anrecht auf das Bürgerrecht besteht. Vielmehr soll ein das Bürgerrecht ein Privileg für jene sein, welche sich bewiesen haben und letztendlich von der Gemeinde verliehen wird.

Der nächstfolgende Artikel 11 regelt Nichteinbürgerung. Nicht eingebürgert werden sollen Personen, welche wegen eines Verbrechens rechtskräftig verurteilt wurden, in einem Strafregister eingetragen sind, oder eine Gefahr für die Schweiz darstellen. Ebenfalls sollen Personen nicht eingebürgert, welche über keine Niederlassungsbewilligung verfügen, der hiesigen Sprache nicht mächtig sind, oder die Werte der Bundesverfassung nicht respektieren.

Als materielle Grundvoraussetzung zur Einbürgerung wird in Artikel 12 festgelegt, dass die Wohnsitzfrist in der entsprechenden Gemeinde mindestens fünf Jahre beträgt und dass Bürgerrechtsbewerbende sich spontan und fliessend in unserer Landessprache verständigen können müssen. Zudem wird gefordert, dass öffentlich- und privatrechtlichen Zahlungsverpflichtungen nachgekommen wird und dass über die letzten zehn Jahre keine Sozialhilfe bezogen, oder diese zurückbezahlt wurde. Weiter werden die Gemeinden ermächtigt, weitere Voraussetzungen festzulegen, welche für den erfolgreichen Erwerb des Bürgerrechts nötig sind.

Artikel 13 widmet sich dem Thema Sicherheit und definiert die Einzelheiten bezüglich Jugendstrafrecht. Ebenfalls wird sichergestellt, dass neben dem nationalen Strafregister auch die Straffälligkeit im Ausland berücksichtigt wird. Ebenfalls wird sichergestellt, dass mittels polizeilichem Erhebungsbericht verifiziert wird, ob Bürgerrechtsbewerber auch Tatbestände zu verzeichnen haben, welche nicht im Strafregister eingetragen sind.

Die SVP des Kantons Zürich ist der Meinung dass der vorliegende Gesetzesentwurf beste Grundlagenarbeit darstellt, auf welchem die neue kantonale Bürgerrechtsgesetzgebung praxisgerecht aufgebaut werden kann.

### 1. Allgemeine Bestimmungen

#### § 1 Gegenstand

Dieses Gesetz regelt den Erwerb und den Verlust des Kantons- und des Gemeindebürgerrechts von Schweizerinnen und Schweizern sowie von Ausländerinnen und Ausländern, soweit der Bund keine abschliessende Regelung getroffen hat.

#### § 2 Gemeinde- und Kantonsbürgerrecht

<sup>1</sup> Das Kantonsbürgerrecht beruht auf dem Bürgerrecht einer Gemeinde des Kantons Zürich und verleiht dem Schweizer Bürgerrecht Wirkung.

<sup>2</sup> Die politische Gemeinde ist Trägerin des Gemeindebürgerrechtes.

<sup>3</sup> Die Gemeinden können der Entscheid über die Erteilung des Gemeindebürgerrechtes und Aufgaben des Einbürgerungsverfahrens, der Gemeindeversammlung, dem Gemeindeparlament, der Gemeindebehörde, oder einer Einbürgerungskommission zuweisen.

#### § 3 Familien

<sup>1</sup> Personen, die miteinander verheiratet sind, stellen das Gesuch gemeinsam.

<sup>2</sup> Kinder werden in der Regel in das Gesuch der Eltern oder eines Elternteils einbezogen, wenn:

- a. sie zum Zeitpunkt der Gesuchseinreichung minderjährig sind;
- b. sie mit den Eltern oder dem Elternteil zusammenleben;
- c. die Zustimmung der sorgeberechtigten Personen vorliegt.

<sup>4</sup> Ab dem Alter von 16 Jahren haben minderjährige Kinder zudem ihren eigenen Willen auf Erwerb des Bürgerrechts schriftlich zu erklären.

#### § 4 Mitwirkungspflicht

<sup>1</sup> Die Gesuchstellende geben vollständig und wahrheitsgemäss Auskunft über die Verhältnisse, welche die gesetzlichen Voraussetzungen betreffen.

<sup>2</sup> Ändern sich die Verhältnisse nach der Gesuchseinreichung, meldet sie dies unaufgefordert und unverzüglich und reicht die erforderlichen Unterlagen ein.

#### § 5 Gesuch um Entlassung aus dem Bürgerrecht

<sup>1</sup> Die zuständige kantonale Stelle entscheidet über Gesuche um Entlassung aus dem Kantons- und Gemeindebürgerrecht.

<sup>2</sup> Das Gesuch um Entlassung wird bewilligt, wenn die gesuchstellende Person das Bürgerrecht einer anderen Gemeinde besitzt oder ihr dieses für den Fall der Entlassung zugesichert ist.

### 2. Schweizerinnen und Schweizer

#### § 6 Verfahren auf Gemeindeebene

<sup>1</sup> Das Einbürgerungsgesuch ist bei der Politischen Gemeinde einzureichen.

<sup>2</sup> Die Gemeinde prüft, ob die kommunalen und kantonalen Voraussetzungen erfüllt sind.

<sup>3</sup> Ist dies der Fall, sichert die Gemeinde das Gemeindebürgerrecht oder das Bürgerrecht zu und überweist das Gesuch zur Weiterbehandlung an die zuständige kantonale Stelle.

### § 7 Voraussetzungen

<sup>1</sup> Schweizerinnen und Schweizer können auf Gesuch hin in das Bürgerrecht einer Politischen Gemeinde sowie in das Kantonsbürgerrecht aufgenommen werden, wenn sie:

- a. Seit mindestens zwei Jahren ohne Unterbruch in der Gemeinde wohnen;
- b. eine enge Verbundenheit mit der Gemeinde nachweisen;
- c. in geordneten finanziellen Verhältnissen leben.

<sup>2</sup> Die Gemeinden können durch Reglement weitere Voraussetzungen festlegen.

### § 8 Verfahren auf Kantonsebene

<sup>1</sup> Die zuständige kantonale Stelle beschränkt sich auf eine formelle Prüfung des Gesuchs.

<sup>2</sup> Sind die Voraussetzungen erfüllt, genehmigt sie den kommunalen Entscheid und erteilt das Kantonsbürgerrecht, sofern die Schweizerin oder der Schweizer dieses noch nicht besitzt.

### § 9 Wirksamkeit und Fristen

<sup>1</sup> Der Erwerb des Gemeindebürgerrechts und des Kantonsbürgerrechts wird mit der Genehmigung des Kantonsbürgerrecht wirksam.

<sup>2</sup> Die Gemeinde und die zuständige kantonale Stelle behandeln das Gesuch innert angemessener Frist.

## 3. Ausländerinnen und Ausländer

### § 10 Grundsatz

<sup>1</sup> Ausländerinnen und Ausländer können auf Gesuch hin in das Bürgerrecht einer Gemeinde und in das Kantonsbürgerrecht aufgenommen werden, wenn sie die Voraussetzungen des Bundes sowie der kantonalen Bürgerrechtsgesetzgebung erfüllen.

<sup>2</sup> Es besteht kein Anspruch auf Einbürgerung.

### § 11 Nichteinbürgerung

Nicht eingebürgert wird namentlich wer:

- d. wegen eines Verbrechens rechtskräftig verurteilt worden ist oder wer für eine Straftat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr rechtskräftig verurteilt worden ist;
- e. eine Gefährdung der inneren und äusseren Sicherheit der Schweiz darstellt;
- f. nicht nachweislich über gute Kenntnisse der Amtssprache verfügt;
- g. nicht über eine Niederlassungsbewilligung verfügt;
- h. in einem Strafregister-Informationssystem eingetragen ist;
- i. die Werte der Schweizerischen Verfassung nicht respektiert.

### § 12 Materielle Voraussetzungen

<sup>1</sup> Die Einbürgerung einer Ausländerin oder eines Ausländers setzt voraus, dass sie oder er hierfür geeignet ist. Dies erfordert insbesondere, dass die Ausländerin oder der Ausländer:

- a. sich zum Zeitpunkt der Gesuchstellung, seit mindestens fünf Jahren in der Gemeinde ununterbrochen den Wohnsitz begründen und auch aufhalten;

- b. sich mit mündlicher und schriftlich spontan und fliessend verständigen kann, so dass ein normales Gespräch mit der Landessprache Kundigen ohne größere Anstrengung auf beiden Seiten gut möglich ist;
- c. wichtige öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Zahlungsverpflichtungen erfüllt;
- d. für den Zeitraum von zehn Jahren vor Einreichung des Gesuchs über keine nicht bezahlte betriebene Forderungen im Betreibungsregister verfügt;
- e. über denselben Zeitraum keine Sozialhilfe bezogen hat, welche nicht vollständig zurückbezahlt wurden.

<sup>2</sup> Die Gemeinden überprüfen die Anforderungen mit einem Test. Sie können Dritte mit dieser Aufgabe betrauen.

<sup>3</sup> Die Gemeinden können durch Reglement weitergehende Voraussetzungen festlegen.

### §13 Beachtung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

<sup>1</sup> Ausländerinnen und Ausländer, die im Strafregister-Informationssystem eingetragen sind, können nach Massgabe der Vorgaben des Bundes nicht eingebürgert werden.

<sup>2</sup> Strafen und Massnahmen gestützt auf das Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht (Jugendstrafgesetz, JStG), die nicht im Strafregister-Informationssystem VOSTRA eingetragen sind, sind angemessen zu berücksichtigen.

<sup>3</sup> Verurteilungen im Ausland werden sinngemäss und angemessen berücksichtigt.

<sup>4</sup> Zur weiteren Beurteilung wird ein Erhebungsbericht bei der Polizei eingeholt. Dabei wird überprüft, ob die Gesuchstellenden die Werte der Bundesverfassung respektieren.

### § 14 Verfahren

<sup>1</sup> Das Einbürgerungsgesuch ist mit sämtlichen erforderlichen Unterlagen beim zuständigen kantonalen Amt einzureichen.

<sup>2</sup> Das kantonale Amt leitet das Gesuch an die zuständige Gemeinde weiter, sofern

- a. die Niederlassungsbewilligung vorliegt
- b. die Wohnsitzeverhältnisse geprüft sind;
- c. keine hängigen Strafverfahren vorliegen;
- d. die Kriterien der öffentlichen Sicherheit nach Massgabe des Bundesrechts erfüllt sind.

<sup>3</sup> Die Gemeinde macht nach Erhalt des Gesuches die Erhebungen, die für die Beurteilung der Einbürgerungsvoraussetzungen nötig sind.

<sup>4</sup> Sie entscheidet abschliessend über die Erteilung des Gemeindebürgerrechtes.

Niederglatt, 21. Januar 2018, Stefan Schmid